

Unser manipuliertes Rechtssystem

Zusammenfassung

**Wie unser Rechtssystem völlig verdreht und gegen uns gerichtet wurde.
Sachliche Erklärung der Rechtsveränderungen
im Zusammenhang mit der tatsächlichen Geschichte.**

Manifest

17. August 2015



Alex Brunner
Architekt HTL

Bahnhofstrasse 210
CH-8630 Wetzikon
Telefon +41 44 930 62 33
Fax +41 44 930 71 69

www.brunner-architekt.ch

1 Zusammenfassung des Manifestes

Wer in der Schweiz seiner Arbeit nach geht, die Zeitung liest, sich in Vereinen betätigt oder sonst irgendwelchen Hobbys nachgeht, wird vielleicht gewisse Veränderungen bemerkt haben, sich jedoch keine ernste Gedanken darüber machen, solange die finanziellen Verhältnisse mehr oder weniger intakt sind. Sie haben alle den Eindruck, dass in unserer «Demokratie» mehr oder weniger alles Rechts abläuft, wird doch die Staatsverwaltung von den Parlamenten kontrolliert. Wer aber mit Behörden zu tun hat, stellt fest, dass ganz und gar nicht alles so ist, wie es sein sollte. Wer sich dann mit genügender Hartnäckigkeit die Mühe nimmt, hinter diesen dicken und schweren «Behördenvorhang» zu schauen, wird dann schockiert sein, welch gewaltige und systematische Behördenkriminalität er zu Gesicht bekommt, die nicht nur gegen einen Einzelnen gerichtet ist, sondern gegen die ganze Gesellschaft.

Politik und Demokratie

Immer wieder wird unsere weltweit einzigartige «Demokratie» gepriesen. Doch angesichts der Behördenkriminalität muss man sich darüber zuerst einmal grundsätzlich Rechenschaft ablegen.

Gemäss dem französischen Revolutionär Pierre Proudhon ist Politik die Wissenschaft von der Freiheit, die Beherrschung des Menschen durch den Menschen.

Nach Brockhaus ist Politik definiert als «Kunst der Staatsverwaltung». Sie verfolgt die Durchsetzung bestimmter Ziele, besonders im staatlichen Bereich und bezüglich des auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichteten Verhaltens von Individuen. Aus der Interessenbestimmtheit ergibt sich der Kampfcharakter der Politik. Ihre Legitimation findet Politik in der (stillen) Zustimmung der Betroffenen.

Fazit: Die Politik will eine Minderheit gezielt bevorteilen und die Mehrheit beherrschen.

Das Wort Demokratie bedeutet Volksherrschaft. D.h., das Volk bzw. deren Vertreter herrschen über die Staatsverwaltung. Herrschaft kann man aber nur durch drei Führungstätigkeiten ausüben:

- Erstens die Kompetenz, anordnen zu können. D.h. Gesetze erlassen und Aufträge erteilen.
- Zweitens Kontrollen durchführen und Fehler/Missstände beheben lassen.
- Drittens müssen die Herrschenden zwingend über das Herrschaftsmittel der Strafe verfügen.

Herrschaft kann also nur durchgesetzt werden, wenn diese drei Führungstätigkeiten konsequent um- und durchgesetzt werden. Fehlt eine dieser Führungstätigkeit, so kann es keine Herrschaft und damit auch keine Demokratie mehr geben.

Fazit: Herrschaft bzw. Demokratie besteht nur, wenn alle drei Führungstätigkeiten anwendbar sind.

Die aufgedeckten Veränderungen

Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht

Schon im Jahre 2001 habe ich darauf hingewiesen, dass die parlamentarische Oberaufsicht über die Staatsverwaltung fehle. Nur durch Kontrolle kann man Behördenkriminalität feststellen und unter Androhung von Sanktionen beheben lassen. Immer wieder wurde ich auf die Gewaltenteilung aufmerksam gemacht. Das war für mein Herrschaftsverständnis nicht logisch, weshalb ich wissen wollte, wie die parlamentarische Oberaufsicht früher gehandhabt wurde.

Alsdann konzentrierte ich mich zuerst auf die Protokolle der parlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (GPK). Einzig in den Kantonen Zürich und Schaffhausen konnte ich diese GPK-Protokolle einsehen. In weiteren rund zehn Kantonen scheiterte die Einsicht, obschon die Archive ihr Bestes gaben, denn diese Akten lagen nicht in ihrem Hoheitsbereich, sondern - wie beispielsweise in Glarus - bei der Regierung. Im Bundesarchiv liegen diese Protokolle nicht auf, und das Parlament behauptet, dass diese Protokolle im Bundesarchiv lägen. Allein die Tatsache, dass Protokolle, die öffentlich zugänglich sein müssten, nicht vorhanden sind, zeigt, dass etwas versteckt werden muss.

Fazit: Unter dem Deckmantel des Amtsgeheimnisses werden alle behördlichen Verbrechen vor der Bevölkerung verborgen gehalten.

Aus den Protokollen in Zürich und Schaffhausen geht unmissverständlich hervor, dass bis zu Beginn der 1950er Jahre die jeweiligen Kommissionen Gerichtsurteile inhaltlich geprüft haben; doch dann gab es eine Änderung. Einzig im Kanton Schaffhausen kann die Absicht anhand der Protokolle nachgewiesen werden. Das Eidgenössische Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0) wurde im Jahre 1945 in Kraft gesetzt, und die Kantone hatten auf diesen Zeitpunkt ihr kantonales Recht anzupassen. Jahre später wurde auf einmal behauptet, nachdem die Kantonsräte die Arbeit der Staatsanwaltschaft kontrollieren wollten, dass die Behörden gestützt auf das Amtsgeheimnis keine Akten herausgeben dürften. In der Folge wurde diese Kontrolle aufgegeben, obschon sie in der Verfassung niedergeschrieben war.

Fazit: Die «Volksvertreter» haben das Volk um ihre verfassungsmässige Herrschaft betrogen.

Kurz: Die Politik hat mittels des im Strafgesetzbuch festgeschriebenen Amtsgeheimnisses die verfassungsmässigen Rechte des Parlaments ausgehebelt. In der Folge wurden in allen Kantonen und im Bund die Gesetzgebungen angepasst. Das Verbot der inhaltlichen Prüfung von Gerichtsurteilen wurde im Kanton Zürich zuerst in das Kantonsratsreglement aufgenommen, später ins Kantonsratsgesetz und schlussendlich in die Kantonsverfassung. So ähnlich wurde es überall gehandhabt, auch beim Bund.

Fazit: Entgegen allen Behauptungen haben wir keine Demokratie¹ mehr.

Interessanterweise ist die Rechtsliteratur zu diesem Thema aus früherer Zeit inexistent. Ich habe dazu keine Literatur gefunden, wie die Oberaufsicht vor hundert Jahren gehandhabt wurde.

Fazit: Die gesamte universitäre Rechtswissenschaft ist am Volksbetrug mitbeteiligt.

Die Willkür der Rechtsprechung

Die Auswertung der Amtsberichte des Bundesgerichts und des Zürcher Obergerichts zeigen ein düsteres Bild über die Gerichte. Aus den Amtsberichten des Bundesgerichtes geht hervor, dass schon Ende des 19. Jahrhunderts Betrügereien im Bereich des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG) begangen wurden. Aus den Berichten geht nicht hervor, dass diese Strafdelikte je geahndet wurden. Es war ja Absicht. Wenn das Bundesgericht ab 1905 Massnahmen in der Oberaufsicht zum SchKG anordnete, so waren diese nur von kurzer Dauer. Später wurden die Amtsberichte derart systematisch angepasst, dass diese völlig unverbindlich wurden und überhaupt keine brauchbare Aussage wiedergaben. Sie sind spätestens seit dem Jahre 1950 tatsachenwidrig. Somit erstaunt es nicht, wenn dem Bundesgericht in seinem Berichte von 1964 eine vorsätzliche Lüge nachgewiesen werden kann.

Fazit: Die Amtsberichte des Bundesgerichtes sind spätestens seit 1950 tatsachenwidrig.

Die Auswertung der Statistik zeigt im SchKG-Bereich ab 1953 eine markante Abnahme der Gutheissungen von Beschwerden, d.h. die Beschwerden wurden vermehrt abgewiesen. Diese Entwicklung kann nicht mit der Gesetzgebung in Zusammenhang gebracht werden, weil es in dieser Zeit praktisch keine Rechtsveränderungen gab. Sie können nur mit der bundesgerichtlichen Willkür begründet werden. Aber diese Willkür setzt genau zu dem Zeitpunkt ein, als im Bund die Oberaufsicht über die Staatsverwaltung aufgegeben wurde. Diese vorsätzliche Willkür passt genau ins Bild der übrigen Massnahmen. Die Statistik des Zürcher Obergerichts zeigt ein ähnliches Bild.

Fazit: Das Bundesgericht entscheidet seit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Staatsverwaltung im Bund ab 1952 nachweislich willkürlich.

¹ Sogar die Princeton Universität bestätigt, dass die USA nicht vom Volk regiert wird, sondern von Oligarchen. <http://www.schweizmagazin.ch/nachrichten/ausland/22942-Uni-Studie-Vereinigte-Staaten-von-Oligarchen-regiert.html>

Von 1972 bis 1996 nehmen die Beschwerden ans Bundesgericht um 215 Prozent zu. In der Periode 1905 bis 1971 betrug die Zunahme nur 27 Prozent, im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung nahm die Anzahl der Beschwerden sogar ab. Die sprunghafte Zunahme der Beschwerden ans Bundesgericht ab 1972 kann nur eine Folge der vorsätzlichen Willkür der unteren Gerichte sein, nachdem die parlamentarische Oberaufsicht in der ganzen Schweiz aufgehoben war.

Fazit: Die kantonalen Gerichte und die Bezirksgerichte entscheiden spätestens seit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht in allen Kantonen ab 1971 nachweislich willkürlich.

Nachdem das Bundesgericht die Oberaufsicht über die kantonalen Behörden im Bereich des SchKG eingestellt hat und die kantonalen Behörden dieser Oberaufsicht ebenfalls nachweislich nicht nachkommen, besteht in diesem Zusammenhang vorsätzlicher Betrug bzw. Beihilfe zum Betrug.

Fazit: Die Gerichte begehen vorsätzlichen Betrug bzw. Beihilfe zum Betrug.

Es ist kein Zufall, wenn das Bundesgericht im Amtsbericht 2002 festhält, dass das Parlament eine Urteilkontrolle zwingend zu unterlassen habe. Korrekte Urteile darf man jederzeit kontrollieren. Aber Verbrechen dürfen natürlich nicht untersucht und schon gar nicht öffentlich bekannt werden.

Oberaufsicht über die kommunale Verwaltung

In der Schweiz bestehen zwei Modelle zur Kontrolle der kommunalen Verwaltung, nämlich die Rechnungsprüfungskommission (RPK) und die Geschäftsprüfungskommission (GPK). Allein schon aus dem Wort ergibt sich, dass die RPK nur die Rechnung, nicht aber das Geschäft prüfen darf. Die RPK hat deshalb auf die Herrschaft der Bürgerversammlung keinen Einfluss. Die GPK können alles kontrollieren, doch darf sie das Ergebnis der Prüfung nicht so veröffentlichen. Dazu gibt es interne und externe Berichte. In den jeweiligen GPK-Berichten an die Bürgerversammlung wird nur belangloses Zeug geschrieben.

Fazit: Die Berichte der RPK und GPK sind eine vorsätzliche Täuschung der Bürger.

Der Bürgerversammlung wird damit nicht nur durch die Vorenthaltung von Informationen die Ergreifung von Massnahmen verunmöglicht, sondern auch dadurch, indem alle Kompetenzen bezüglich Oberaufsicht und Massnahmen der Regierung übertragen wurden. Die Bürgerversammlung wurde entmachtet.

Fazit: Die Bürgerversammlung wurde durch Regierung und Parlament entmachtet.

Strafverfolgung von Behördenmitgliedern und Beamten

Im Kanton St. Gallen hatte die Regierung seit der Gründung des Kantons die alleinige Kompetenz, Strafverfahren gegen Behördenmitglieder und Beamte einzuleiten. Mit der Einführung des Strafgesetzbuches passte sie die kantonale Gesetzgebung an. Doch bereits 1953 unterbreitete sie dieses Verfahren, verbunden mit einer Lüge, wieder dem Kantonsrat. Die Kompetenz wurde ihr zwar nicht mehr erteilt, doch das sogenannte Ermächtigungsverfahren wurde an das Kantonsgericht, die Anklagekammer delegiert. Seit 1955 urteilt die Anklagekammer vorsätzlich willkürlich über die Eröffnung von Strafverfahren gegen Behördenmitglieder und Beamte. Selbst bei Bestätigung von Verbrechen unternimmt sie alles, damit nicht die tatsächlichen Delikte, sondern nur zweifelhafte Nebensächlichkeiten verfolgt werden, welche vor Gericht zu einem Freispruch führen müssen.

Fazit: Mit dem Ermächtigungsverfahren werden Behördenmitglieder und Beamte vorsätzlich willkürlich vor Strafverfolgung geschützt. Parlamente und Regierungen haben davon Kenntnis.

Der Kanton Zürich wollte dieses Ermächtigungsverfahren ebenfalls einführen, weshalb der Regierungsrat 2001 die Botschaft - ebenfalls mit einer Lüge und Manipulation - an den Kantonsrat überstellte. Dieser winkte das Vorhaben durch, und so werden im Kanton Zürich die Strafanzeigen gegen Behördenmitglieder und Beamte genau gleich vorsätzlich willkürlich entschieden.

Das Bundesgericht schützt dieses Ermächtigungsverfahren mit konstanter Boshaftigkeit.

Seit 2011 ist die Strafprozessordnung (StPO, SR 312.0) in der Schweiz vereinheitlicht. Mit dieser StPO wurde Abschied vom Legalitätsprinzip genommen und neu das Opportunitätsprinzip eingeführt. Nun können die Behörden ohne Gesetzesänderung willkürlich entscheiden, welche Strafdelikte noch zu verfolgen sind und welche nicht. Die Folge ist, dass wohl noch Strafanzeigen eingereicht werden können, doch weil den Behörden die Verfolgung dieser Kategorie nicht mehr passt, werden sie ignoriert.

Fazit: Mit dem Übergang vom Legalitäts- zum Opportunitätsprinzip ist der behördlichen Willkür in Sachen Strafverfolgung in der ganzen Schweiz Tür und Tor geöffnet.

Nachdem Parlamente, Regierungen und Gerichte in den Kantonen St. Gallen und Zürich sowie im Bund seit spätestens 2005 nachweislich Kenntnis über den geschilderten Sachverhalt haben, jedoch nicht bereit sind, diese Kriminalität aufzuheben, ergibt sich zusammengefasst folgendes Bild:

Fazit: Parlamente, Regierungen und Gerichte in Bund und Kantonen begehen institutionell Verbrechen, und die Strafverfolgungsbehörden sehen zu, weil sie daran mitbeteiligt sind. Die gesamte Staatsverwaltung steht im Dienste dieser endemischen Korruption. Sie setzt diese Verbrechen um und verteidigt sie mit allen nur erdenklichen Mitteln.

Damit die obersten behördlichen Vertreter der Parlamente, Regierungen und der Gerichte strafrechtlich nicht belangt werden können, hält das Parlament die alleinige und abschliessende Kompetenz, über die Einleitung von allfälligen Strafklagen in eigenem Ermessen zu entscheiden.

Fazit: Die Parlamente schützen Regierung, Gerichte und sich selbst vor Strafklagen.

Geschichte und Strategie

Wer hat das getan?

Es ist offensichtlich, dass das vorher Beschriebene nicht zufällig entstanden ist, denn dahinter steckt eine langfristige Strategie. Es sind zu viele Stellen systematisch involviert. Als bald stellte ich immer wieder die Frage «Wer hat das getan?». Und immer wieder erhielt ich die gleiche Antwort: «Freimaurer, Bilderberger, Weltherrschaft». Diese Antwort passte nicht in mein bisheriges Weltbild, weshalb ich sie ablehnte. Trotzdem begann ich Bücher aus der Bibliothek über die Freimaurerei zu lesen. Dabei stellte ich fest, dass diese kein Wasser trüben konnten. Allerdings ist zu vermerken, dass diese Literatur von Freimaurern geschrieben worden ist.

Später erhielt ich ein Buch mit dem Titel «Wer regiert die Welt?». Im ersten Kapitel ging es um Religion, Satan etc. Die Religion passte mir schon als Kind bis auf den heutigen Tag nicht, weshalb ich das Buch beinahe beiseitelegte. Doch dann, im zweiten Kapitel wurde es weltlicher. Da begann es mir zu dämmern, weshalb ich darauf objektive Darstellungen über die Freimaurerei, besser gesagt das «Netzwerk» (dazu zählen u.a. Freimaurer, Illuminaten, Rosenkreuzer, Jesuiten) und «alternative» Geschichtsbücher studierte. Irgendwann begriff ich, wie die beiden Weltkriege und die beiden grossen Revolutionen, die Französische und die Bolschewistische, angezettelt wurden. Doch mich interessierte auch, was vor der Zeit der Aufklärung passierte. Das war nicht einfach zu erfahren.

Fazit: Die Verschwörungstheorie existiert nicht, jedoch eine jahrtausendealte Verschwörungspraxis.

Die Lehre der Drei Welten

Der Zufall wollte es, dass ich mit der Naturlehre, der Lehre der Drei Welten, in Kontakt kam. Sie ist eine rein geistige Lehre, besteht seit mehr als 7000 Jahren und war einmal universal verbreitet. Diese Lehre wird manchmal auch mit Gesundheitspflege und Wahrheitssuche umschrieben. Sie kann auf einem Stufenweg praktisch erlernt werden. Sie muss nicht wie bei den Religionen oder in der Wissenschaft geglaubt werden, denn sie kann von jedermann persönlich erfahren werden.

Fazit: Die Lehre der Drei Welten besteht seit 7000 Jahren und war universal. Spätestens mit Beginn der monotheistischen Religionen wurde diese Naturlehre fast ausgerottet und wird bis heute unterdrückt.

Hier kam ich mit einzelnen Personen in Kontakt, die mir die Augen einmal mehr geöffnet haben. Ich lernte, dass mit der Entstehung des Christentums die griechische Kultur mit seiner Lehre der Drei Welten rigoros zerstört wurde. Später, im Zeitalter der Renaissance, wurden die Werke von Platon, ein Meister der Lehre der Drei Welten, verdreht übersetzt. Daraus ist schlussendlich Mithilfe der Rosenkreuzer und dem Zeitalter der Aufklärung unsere materialistische Schulwissenschaft entstanden.

Die Zerstörung der Lehre der Drei Welten hat vor bald 6000 Jahren in Babylon begonnen. Die Mythen aus Babylon mit Nimrod, Semiramis und Ninus sowie aus Ägypten mit Osiris, Isis und Horus, sind lediglich Metaphern aus der Lehre der Drei Welten. Diese Namen wurden zu Göttern erhöht, wobei anzumerken ist, dass das Schema immer aus Vater, Mutter und Sohn bestand. Aus der Geschichte ist bekannt, dass am Anfang des Götterkults drei Personen standen. Das kann nur die Lehre der Drei Welten sein. Die drei Personen Vater, Mutter und Sohn stehen in Beziehung zu den Drei Welten, und zwar (in gleicher Reihenfolge) Jenseits, Zwischenwelt und Diesseits. Das Diesseits steht für die Materialisierung, also Materialismus. In der Lehre der Drei Welten gilt, dass die Materialisierung aus dem Geistigen vom Jenseits über die Zwischenwelt erfolgt, indem das Geistige kondensiert, sich also materialisiert.

Die langfristige Zerstörung dieser Naturlehre konnte nur mittels Täuschung und geheimer Mysterienkulte erfolgen. Ziel war es, die Menschheit von den Babyloniern abhängig zu machen.

Fazit: Die Menschheit muss von den Babyloniern abhängig gemacht werden.

Damit die Geheimhaltung in diesen Mysterienschulen eingehalten wurde, waren für kleinste Verstösse drakonische Strafen vorgesehen. Dieses Prinzip lebt bis zum heutigen Tag in unseren «verschwiegenen» (Geheim-) Gesellschaften des «Netzwerks» fort. Sie bilden einen Staat im Staat.

Fazit: Die geheimen Mysterienschulen bilden seit alters her einen Staat im Staat. Die Durchsetzung der Geheimhaltung in den Mysterienschulen wird bis zum heutigen Tag, selbst für kleine Übertretungen, mittels drakonischer Strafen durchgesetzt.

Eine Gesellschaft, die zu grossen Teilen die Lehre der Drei Welten praktiziert, kann von Dritten nicht unterworfen werden. Das ist die grosse Angst derjenigen Leute, die hinter dieser Auseinandersetzung stehen, die ich in meinem Manifest **Babylonier** und **babylonisch** nenne.

Fazit: Eine Gesellschaft, die zu grossen Teilen die Lehre der Drei Welten praktiziert, kann von Dritten nicht unterworfen werden.

Eine Gesellschaft, die diese Naturlehre nicht mehr kennt, ist mit Reichtum, Ruhm, Ehre und Sex käuflich. Deshalb haben wir diesen exzessiven Materialismus, denn nur damit kann die Welt unterworfen und gekauft werden. Das ist spätestens seit Beginn der monotheistischen Religionen Programm.

Die Strategie der drei grossen monotheistischen Religionen

Die Entstehung des Judentums

Zuerst müssen wir uns vergegenwärtigen, wie die erste monotheistische Religion entstanden ist. Sie wurde im 14. Jhd. v.u.Z. von Pharao Echnaton gegründet. Sie war eine Revolution, indem er den Zugang zur alten Lehre der Drei Welten brach. Jahre später wurde er gestürzt und alle seine Hinweise getilgt. Er musste mit seinen Kumpanen fliehen und unterwarf in Palästina die örtlichen Stämme. Die Aufhebung der Lehre der Drei Welten bzw. diese Religionsgründung ist daher als babylonisch zu bezeichnen. Aus der Legende von Maneto ist bekannt, dass der Anführer der Leprakolonie nicht nur «Osarsiph», sondern auch Moses (das Kind/Sohn) hiess. Die Unterworfenen wurden zuerst Hebräer, später Israeliten und ab zirka 500 v.u.Z. Juden genannt. Aus dieser von Echnaton gegründeten monotheistischen Religion entstand das Judentum und Moses war der Schöpfer des «jüdischen Volkes». Der jüdische Gott Jahwe (Vater) ist nur ein anderer Name für Nimrod. Der legendäre König Salomo hingegen pflegte die Lehre der Drei Welten. Die beiden Säulen seines Tempels, Boas und Jachin (2. Chronik 3.15), zeugen davon.

Innerhalb des 1. und 2. Jahrhunderts v.u.Z. gab es den innerjüdischen Krieg der Makkabäer. Eine Mehrheit der Juden wollte das Judentum reformieren und schloss sich dem Hellenismus mit der Lehre der Drei Welten an bzw. praktizierte letztere. Die Minderheit konnte sich gegenüber der Mehrheit durchsetzen, weshalb das Judentum überlebte. Die Babylonier trugen also den Sieg davon.

Fazit: Die erste monotheistische Religion, das Judentum, ist babylonisch.

Das Christentum

Der jüdisch-babylonische Hass auf das Christentum liegt im Wissen und in der öffentlichen Anwendung der Lehre der Drei Welten begründet. Die von Jesus in der Bibel beschriebenen Taten, die mit der Naturlehre erlernt werden können, sowie die Vorwürfe an die Pharisäer, die Rechtsgelehrten, provozierten. Deshalb wurde er mit der höchsten Strafe belegt und die babylonischen Juden freuten sich. Diese Massnahme genügte noch nicht, weshalb die babylonische Strategie geändert werden musste.

In dieser Zeit verbreiteten sich die «Christen», besser gesagt, jene Leute, die die Lehre der Drei Welten praktizierten. Deshalb wurden diese «Christen» von den Babyloniern verfolgt.

Fazit: Die Urchristen waren jene Menschen, die die Lehre der Drei Welten praktizierten.

Nach der Eroberung von Jerusalem durch die Römer 70 u.Z. «mussten» die Juden in die Diaspora. Im 2. Jahrhundert entwickelte sich der Neognostizismus als Täuschungs- und Verwirrungslehre. Das Wort Gnostik stammt aus der Lehre der Drei Welten und bedeutet vorgeburtliches Wissen. Neognostisch nenne ich das, was in der Überlieferung fälschlich den Gnostikern zugeschrieben wird.

Ab 313 u.Z. wurde das Christentum toleriert und ab 380 u.Z. wurde es zur römischen Staatsreligion erhoben. Das Christentum ist mit seiner Symbolik babylonisch. Das grösste gehütete Geheimnis der römisch-katholischen Kirche ist die Dreifaltigkeit, hinter der sich die Lehre der Drei Welten versteckt.

Fazit: Die römisch-katholische Kirche ist durch und durch babylonisch.

Mit der Gründung des Christentums wurden im römischen Reich alle anderen Religionen und Kulte verboten; einzig das Judentum wurde noch geduldet. Die Juden erhielten aber immer weniger Rechte, weshalb sie sich in ihre Gemeinden zurückzogen und ihr eigenes Leben führten. Die Juden mutierten vom Bauern zum Händler und Geldleiher, weil sie kein ehrbares Handwerk mehr ausüben durften.

Im 7. Jahrhundert entstand der Islam. Er verbreitete sich mit dem Schwert und nahm grosse Gebiete um den ganzen Mittelmeerraum und tief nach Afrika sowie weit in den Osten ein. Die Christen wollten das islamisch besetzte Jerusalem «befreien», weshalb im 11. bis 13. Jahrhundert die Kreuzzüge erfolgten. Das war für den schwarzen babylonischen Adel in Venedig ein gewaltiges Geschäft.

Fazit: Die Kreuzzüge waren für den schwarzen babylonischen Adel in Venedig ein riesiges Geschäft.

Bis ins Mittelalter war Grund und Boden gemeinschaftlich. Mit der Verarmung des Adels wegen den Kreuzzügen mussten sie Land und Rechte an die Städte verkaufen und abtreten. In der Folge entstand in den Städten das Zunftwesen. Das Land wurde zunehmend durch die Zünfte in Beschlag genommen. Ab dem 15. Jahrhundert begann die Privatisierung immer mehr um sich zu greifen. Ab dem 17. Jahrhundert entstand die Manufaktur, danach die Industrialisierung. Dadurch bedingt, dass Grund und Boden nicht mehr gemeinschaftlich war, musste dieser nun gekauft werden. Das benötigte Geld war nicht vorhanden, weshalb Kredite beansprucht wurden. Ab dem 16. Jahrhundert begann der Börsenhandel. Seither verdienen die Babylonier an jeder selbst inszenierten Börsenblase unglaublich viel zulasten der übrigen Gesellschaft, und diese Gier nimmt immer mehr zu, bis alles in einer Hand liegt. Aber die dumm gehaltene Masse will es nicht bemerken und spekuliert kräftig mit, ohne zu erkennen, dass sie am Ende verlieren wird. Mit dem Beginn des Kreditwesens setzte die babylonische Strategie mit dem auserwählten Volk ein. Die Juden mussten für die Babylonier als Geldverleiher das wuchernde Zinsgeschäft betreiben. Deshalb ist heute das Bankgeschäft in jüdisch-babylonischer Hand.

Fazit: Die Juden hatten als Geldverleiher die Aufgabe, im aufstrebenden Kreditmarkt das Kredit- und wuchernde Zinsgeschäft für die Babylonier abzuwickeln; deshalb das auserwählte Volk.

Die Juden wurden von den Regierungen und der oberen Kirchenleitung immer geschützt. Nur das infolge der Kredite geknechtete Volk und die untere Geistlichkeit wetterten über die Juden.

Ab dem 15. Jahrhundert begannen die christlichen Nationen die Welt zu erobern. Zuerst Portugal, dann Spanien und ab dem 17. Jahrhundert das venezianisch-babylonische England sowie fast alle europäischen Mächte. Die Kolonialisten waren nicht zimperlich und beuteten Land und Leute aus, versklavten sie unter erbärmlichsten Bedingungen, die viele nicht lange überlebten. Die Kolonialisten waren gierig und trunken nach Macht und Reichtum. Doch den Reichtum sackten nicht primär die Regierungen ein, sondern vor allem die Babylonier, und die Nationen mussten die Truppen stellen. In dieser Zeit wurde der Islam zurückgedrängt und dann die Islamischen Länder kolonialisiert.

Mit der babylonischen Aufklärung im 18. Jahrhundert und in der Folge mit der Französischen Revolution wurden die Grundlagen für die künftigen demokratischen Nationalstaaten geschaffen, die mehrheitlich mit den babylonischen Revolutionen von 1848 geschaffen wurden. Nun konnten die Nationen direkt durch Babylonier regiert werden, da sowohl die Parlamente, als auch Regierungen und Gerichte mit Babyloniern besetzt sind. Die babylonischen Universalparteien waren für den Nachwuchs besorgt und organisierten das dialektische Polittheater. Hier haben wir die Grundlagen zu den aufgedeckten Veränderungen.

Fazit: Die europäischen Revolutionen und die Nationalstaaten mit ihren Exponenten sowie der Universalparteien sind ein Produkt der Babylonier.

Nun konnten die Vorarbeiten für den Ersten und Zweiten Weltkrieg an die Hand genommen werden. Im Ersten Weltkrieg legten die Babylonier die Grundlagen für den Judenstaat Israel im islamischen Palästina. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Land mit Juden gefüllt.

Fazit: Die beiden Weltkriege wurden von den Babyloniern organisiert und geleitet.

Der Aufbau nach dem Krieg erfolgte mit babylonischen Krediten und der babylonischen Industrie. Nun musste die Welt industriell und finanziell erobert werden. Also brauchten die Industriestaaten ausländische Arbeitskräfte, die immer von weiter her einwanderten.

Sobald die Industriestaaten mit Industrieprodukten weitgehend gesättigt und die christlichen Industriestaaten im Rahmen der Globalisierung soweit deindustrialisiert sind, dass die Welt auf sie verzichten kann, kommt das Christentum langsam an sein Ende. Das Christentum hatte die babylonische Aufgabe, die Welt auf biegen und brechen zu materialisieren. Die Christen haben also genau das Gegenteil von dem gemacht, was die Urchristen praktiziert haben. Die babylonische Quittung für den abgrundtiefen Hass auf die Christen bzw. auf die Lehre der Drei Welten wird demnächst folgen.

Fazit: Die Christen haben das Gegenteil von dem gemacht, was die Urchristen praktiziert haben.

Der Islam

Bei richtiger Betrachtung weist der Islam unter seinem religiösen Deckmantel von Anfang an ein Gewaltpotential auf. Sogar das islamische Symbol kann metaphysisch dahingehend gedeutet werden, dass der Zugang zur Quelle des Geistigen gekappt und damit der Materialismus gefördert werden soll.

Auch der Islam wurde von Neognostizismus, Neuplatonismus und Sonnenkulte nicht verschont. Bereits in der Mitte des 9. Jahrhunderts wurde angekündigt, dass alle Gesetzesreligionen abgeschafft und die kultlose Urreligion hergestellt werden soll. Im 11. Jahrhundert wurden bei den Assassinen gezielt Mörder mit Drogen abgerichtet, um sie für Attentate einzusetzen. In diese Zeit fällt auch die Taktik der Taqiya im Kampf gegen die Ungläubigen, die zu Lüge und Verstellung rät.

Der Salafismus gilt als eine ultrakonservative Strömung innerhalb des Islams, entstand im 13. Jahrhundert und gilt als Grundlage des modernen Islamismus. Im 18. Jahrhundert wurde er mit dem Wahhabismus neu angefacht. Angestachelt wurde er durch britische Agenten. Daraus kam es zur Zusammenarbeit zwischen dem babylonischen Grossbritannien und dem heutigen arabischen Königshaus Saud. Saudi Arabien ist heute der grösste Exporteur des islamischen Terrorismus. Dem Islam

wird die Weltherrschaft vorausgesagt. In allen vom Islam kontrollierten Gebieten wird die Gesetzgebung der Scharia eingeführt werden.

Fazit: Saudi Arabien ist der grösste Exporteur des islamischen Terrorismus und wird dabei vom babylonischen Grossbritannien unterstützt.

Der heutige Terrorismus hat seinen Ursprung im sowjetisch-afghanischen Krieg, fasste nach dem Niedergang der Sowjetunion in Zentralasien Fuss und war Ausgangspunkt für den Jugoslawienkrieg. Mit dem Krieg in Afghanistan seit 2001 und dem zweiten Irakkrieg von 2003 begann die verstärkte Migration aus muslimischen Ländern nach Europa. Diese Kriege waren eine Folge der babylonischen 9/11-Attentate.

Mit der «Freedom Agenda» der Bush-Regierung begann 2010 in den arabischen Staaten ein Transformationsprozess. Ursache des Libyenkriegs war die Weigerung Gaddafis, die afrikanischen Migranten nach Europa zu lassen. Seit diesen Umwälzungen und Kriegen wird Europa von meist muslimischen Migranten ohne Ende überflutet. Diese Migrationswelle wird von der Politik aktiv gefördert und in unseren Qualitätsmedien kräftig bagatellisiert. In einzelnen, von Ausländern dominierten Quartieren europäischer Städte steht die Durchsetzung der Polizeigewalt bereits in Frage.

Das Konzept der drei Weltkriege

In einem Brief von 1871 erklärt Albert Pike Giuseppe Mazzini, beides Babylonier, das Konzept der drei Weltkriege. Zwei haben wir hinter uns und der dritte hat bereits begonnen. Der Dritte Weltkrieg ist der Krieg gegen den Terror; er wurde von Bush bereits nach 9/11 ausgerufen. U.a. werden die Differenzen zwischen den politischen Zionisten und den Führern der islamischen Welt provoziert, so dass sie sich gegenseitig vernichten. Aber es werden auch die Nihilisten und Atheisten gegeneinander losgelassen und ein gewaltiger gesellschaftlicher Zusammenbruch provoziert, so die Absicht.

Die Absicht hinter der Einwanderung

Das «Christentum» hat die Kolonien ausgeraubt sowie deren Menschen verschleppt und ausgebeutet. Nun endlich wird das diesen Massen der betroffenen Nachfahren «bewusst», weshalb die Babylonier Kriege schüren und ihnen erklären, sie sollen sich im christlichen Europa das zurückholen, was ihnen gestohlen wurde. Mit andern Worten, ihnen soll damit Genugtuung für die Vergangenheit widerfahren.

Die mehrheitlich muslimischen Migranten werden von den Babyloniern gesteuert, damit sie in absehbarer Zeit die Herrschaft im Staat übernehmen können. Dann wird die Scharia eingeführt werden. Die politischen Diskussionen fordern dies sogar von «christlicher» Seite.

Fazit: Der Islam wird im Auftrag der Babylonier weltweit die Herrschaft übernehmen und die Scharia einführen und damit den christlich-babylonischen Humanismus ablösen.

Mit der Einführung der Scharia als Gesetz wird anstelle des christlichen Humanismus ein griffiges «folge-oder-sterbe-Gesetz» eingeführt werden. Im Rahmen der Neuen Weltordnung (NWO) wird es keinen Humanismus mehr geben. Dann haben alle gehorsamst die NWO-Befehle auszuführen, ansonsten jeder die Konsequenzen seiner Unterlassungen unmittelbar an seinem eigenen Leibe spüren wird.

Die biblischen Aussagen

Gemäss der Offenbarung des Johannes soll es mit dem Öffnen der Siegel allgemein Krieg, aber auch Bürgerkriege und religiöse Verfolgung geben. Letzteres wird hauptsächlich zwischen Christen und Moslems erfolgen. Das ist die Quittung der Babylonier ans Ur-Christentum, sich ihrer Herrschaft nicht zu unterwerfen. Parallel dazu wird es Teuerung und Hungersnot geben. Es wird grosse Inflation geben, um die Menschen zu enteignen. Das ist alles schon vorbereitet. Die Babylonier können das elegant lösen, weil alle Zentralbanken in ihrer Hand sind. Gemäss Apokalypse wird bei diesen Ereignissen ein Drittel der Menschheit ums Leben kommen. Die ersten Hinweise dazu sind schon bekannt geworden.

Fazit: Bei diesen Ereignissen wird ein Drittel der Menschheit ums Leben kommen. Unsere Behörden fördern diesen Genozid nach Kräften.

Dann wird es Veränderungen auf der Erde geben. Das werden künstlich erzeugte «Naturkatastrophen» wie Erdbeben, Stürme, Trockenheiten und dgl. sein, aber auch künstlich erzeugte Epidemien.

Die Ereignisse in der Bibel werden so umgesetzt werden, damit „Babylon“ der Menschheit demonstrieren kann, dass die Absicht allein von Gott sei, der diese Plagen losgelassen habe. Tatsächlich muss Gott durch „Babylon“ ersetzt werden, weil die Bibel von „Babylon“ erschaffen wurde. In der Natur gibt es keinen Gott, denn die Menschen sind frei, wenn sie nach der Natur leben, nicht so aber im Materialismus.

Fazit: Leben die Menschen nach der Natur, sind sie frei und brauchen keinen Gott. Leben sie im Materialismus, so sind sie Sklaven ihres Gottes Ehrgeiz nach Ruhm, Ehre und Reichtum; Sklaven des Mammon.

In einer Neuen Weltordnung muss die gesamte Religion zerstört werden. Es darf dann auch keine Priester mehr geben, denn der Glaube an ein Leben nach dem Tod, sprich die Praktizierung der Lehre der Drei Welten, würde geistige Kraft geben, den babylonischen Weltmachthabern zu widerstehen.

Fazit: In einer Neuen Weltordnung wird die gesamte Religion zerstört werden, weil das Wissen um ein Leben nach dem Tod bzw. die Lehre der Drei Welten die Weltherrschaft verhindert.

Das neue Jerusalem wird quadratisch, ja sogar kubisch sein. Das Quadrat ist eine Allegorie der Zahl vier und der Kubus ein Vielfaches davon. Die Zahl vier steht in der Lehre der Drei Welten (Tetrade) und in der Rosenkreuzerei (Quaternität) für den Materialismus.

Fazit: Das neue Jerusalem und damit die NWO wird durch und durch materialistisch sein.

Wissenschaft

Das Verständnis der Natur in der Schulwissenschaft und in der Lehre der Drei Welten könnte unterschiedlicher nicht sein. Die Schulwissenschaft kann die Natur nicht beschreiben. Deshalb ist sie auf Axiome (Behauptungen) angewiesen, an die zu glauben ist, die aber nicht bewiesen werden können.

Jedes Problem, das wir mit der «Wissenschaft» glauben lösen zu können, wird gezwungenermassen weitere Probleme verursachen. Die Folge davon ist, dass sich die «Wissenschaft» von der Einheit bzw. der Natur entfernt. Da wir aber mit unserer Glaubenslehre «Wissenschaft» das Wissen atomisieren, werden unsere Probleme irgendwann so gross, dass sie nicht mehr überblickbar sind und das grosse Chaos entstehen wird. Wir stehen kurz vor diesem Zeitpunkt.

Fazit: Je mehr wir mit technischen Lösungen versuchen, unsere Probleme zu lösen, desto grösser werden unsere Probleme.

Gesundheit und Ernährung

Bevor die Babylonier ihr Unwesen trieben, wurden die Menschen im Mittel 150 Jahre alt, und jene, die die Lehre der Drei Welten praktizierten, noch viel älter. Heute werden wir noch halb so alt, Tendenz sinkend.

Unsere Gesundheit wird geschädigt, weil die Schulwissenschaft nicht wissen will, wie unser Körper funktioniert. Das hat zur Folge, dass wir falsch therapiert werden. In der Lehre der Drei Welten gilt, dass sehr vieles heilbar ist! Die behördlich kontrollierte Schulmedizin ist aber nicht annähernd in der Lage, uns zu heilen, weil es Absicht ist, uns krank zu halten. So bleiben wir von den Babyloniern abhängig.

Fazit: Die Gesundheit muss täglich erarbeitet und kann weder delegiert noch konsumiert werden.

Die grösste Volksseuche ist die Übersäuerung des Körpers, die uns von der Zelle her krank macht und sich in verschiedenen Symptomen äussert. Dazu tragen auch Vergiftungen durch Leicht- und Schwermetalle sowie Chemikalien bei. Sie alle werden über die Nahrung (Esswaren, Wasser und Luft)

aufgenommen und führen im Körper zu einer chronischen Entzündung, der Vorstufe von Krebs. Die Vergiftungen erfolgen gezielt durch die industrielle Fertigung von Esswaren, die den Namen Nahrungsmittel nicht mehr verdienen, durch Impfungen, durch sogenannte «Körperpflegeprodukte» und dgl.

Fazit: Krebs, die zweithäufigste Todesursache, ist eine Folge der Zerstörung unserer Zellen durch Übersäuerung und Vergiftung, gepaart mit einer Unterversorgung mit Mikronährstoffen.

Um diese Gifte zu neutralisieren, benötigen wird eine Vielzahl von Mineralien, Fettsäuren und Mikronährstoffe. Doch ausgerechnet diese können wir mit der Nahrung immer weniger zu uns nehmen. Ein Grund ist die vorsätzliche Entfernung u.a. durch Zucht, durch Raffinierungsprozesse und durch die Zerstörung des Bodens dank Übernutzung und Düngung.

Fazit: Die Babylonier werden die gesamte Ernährung der Menschheit kontrollieren, und sie wird nie mehr gesund, solange die Babylonier herrschen werden!

Technik

Die Ölkrise im Jahre 1973 wurde von den Babyloniern vorsätzlich vom Zaun gerissen. Sie war nur der Auftakt zu einer Vielzahl von internationalen Regulierungen. Die Energiekrise ist politisch beabsichtigt. Die Natur stellt uns mehr als genug saubere und unentgeltliche Energieträger zur Verfügung. Die dazu erforderlichen technischen Verfahren passen leider nicht ins politisch-babylonische Weltbild, weshalb sie nicht funktionieren dürfen, aber in der Einzelanwendung doch funktionieren.

Fazit: Alternative Energieträger sind vorhanden, aber diese passen nicht ins babylonische Weltbild.

Was beabsichtigt ist, erklärt der erste Präsidenten des Europäischen Rates, der Bilderberger und Jesuit Herman van Rompuy, der am 19. November 2009 zum ersten ständigen Präsidenten bestimmt – und nicht gewählt wurde: *«2009 ist auch das erste Jahr globaler Verwaltung, mit der Einrichtung der G20 inmitten der Finanzkrise. Die Klimakonferenz von Kopenhagen ist ein weiterer Schritt hin zur globalen Regierung unseres Planeten.»*

Fazit: Die Energiekrise war eines von mehreren Mitteln, um eine globale Regierung einzusetzen.

Es ging noch nie darum, Energie einzusparen, denn die Babylonier benötigten einen grossen Ressourcenverbrauch, da nur so die Menschheit abhängig gemacht und unterworfen werden kann. Die Grüne Politik erfordert mehr Ressourcen und nicht mehr Natur. Sie fördert auch die Verwaltung der Umweltverschmutzung, anstatt letztere zu verhindern.

Die fiktive Klimaerwärmung ist lediglich ein Mittel, um mit den Klimakonferenzen die weltweite Regierung zu fördern und den Bewegungsspielraum der Menschen einzuschränken. Dafür werden die Menschen mit Chemtrails besprüht. Das ist ein hochgiftiger Chemiecocktail, der für die Gesundheit von Mensch und Tier, aber auch für die Flora schädlich ist. Unsere Behörden haben davon Kenntnis, dass wir damit krank gemacht werden, doch sie fördern diese Chemtrails nach Kräften.

Fazit: Unsere Behörden haben von den gesundheitsschädigenden Chemtrails Kenntnis, doch sie nehmen es vorsätzlich in Kauf, dass die Bevölkerung damit langsam ermordet wird.

Politik

Ich erkläre hier die wichtigen Entscheide einzelner Parteien im anstehenden Wahlkampf 2015:

Mit den National- und Ständeratswahlen werden bisher ausschliesslich Personen gewählt, die in den entsprechenden Kantonen ihren Hauptwohnsitz haben. Dasselbe gilt auch für die Kantons- oder Gemeinderatsratswahlen. Wohnen die Portierten oder Gewählten nicht mehr in ihrem Wahlkreis, so müssen sie zurücktreten. Das muss im Gesetz nicht besonders beschrieben sein, denn es geht hier um ein grundlegendes Prinzip. Wenn nun die SVP Graubünden die Tochter des Bilderbergers Christoph Blocher, Magdalena Martullo-Blocher, auf die Bündner Wahlliste setzt, obschon sie im zürcherischen Meilen wohnt, steckt eine weitreichende Absicht dahinter. Mit dieser Portierung wird kom-

muniziert, dass die Kantonsgrenzen nicht mehr massgebend sind, d.h. die Kantone sind aufzuheben. Dies ist eine babylonische Absicht und die SVP macht dazu genau den Anfang.

Fazit: Die SVP hebt mit diesem Wahlmodus die Kantonsgrenzen und damit die Kantone auf.

Die gleiche SVP hebt in einer internen Geheimabsprache das Proporz- zugunsten des Majorzsystems aus, indem alle Portierten die Vereinbarung unterzeichnet haben. Damit entscheidet die Partei, wer nach Bern zieht und missachtet den Volkswillen. Diese Leute sind deshalb nicht mehr wählbar.

Die CVP nennt sich mit vollem Namen Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz. Allerdings ist sie weder christlich noch schweizerisch, denn sie ist eine Allianz mit der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) eingegangen und damit babylonisch. Die LDK hat nicht etwa einen christlichen, sondern einen muslimischen Hintergrund. Diese Allianz wurde vom Parteipräsidenten Christophe Darbellay höchst persönlich abgeschlossen. Die Folge davon war, dass die CVP die eingebürgerten Kosovo-Albaner einlud, auf ihren Listen für die eidgenössischen Wahlen zu kandidieren, bevor sie sich integriert und in der Partei heraufgedient haben. Damit wurden die Schweizer diskriminiert. Die CVP verfolgt damit die babylonische Strategie, die «Urbevölkerung» zur Minderheit im eigenen Land zu machen. Zu beachten ist auch, dass die muslimisch-babylonische LDK eine Diaspora-Strategie verfolgt.

Fazit: Die CVP diskriminiert die eigene Schweizer «Urbevölkerung» zugunsten von neuen gemachten «Schweizern», um die Mehrheit «Urbevölkerung» zur Randgruppe zu degradieren.

Wenn über die anderen Parteien nichts beschrieben wird, so heisst das nicht, dass sie besser sind.

Schlussbemerkung

Wenn ich hier die Zusammenhänge nur ansatzweise und mehrheitlich im Rechts- und Geschichtsreich beschrieben habe, so ist festzuhalten, dass das gesamte gesellschaftliche Leben betroffen ist. Wir machen so ziemlich alles falsch, was wir nur falsch machen können, und wir wählen immer die schlechteste Möglichkeit. Bei Abstimmungen haben wir nur die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Wichtig ist aber zu begreifen, dass dem Recht die gesamte Gesellschaft unterworfen ist. Wenn sich die Menschheit den Babyloniern unterwerfen soll, so stellt das Rechtswesen der entscheidende Eckpfeiler der Macht dar. Deshalb ist es für die Babylonier unerlässlich, dass dieser Bereich ganz speziell straff geführt wird, ansonsten das Ziel der Unterwerfung nicht erreicht werden kann.

Die Vollversion des «Manifestes» finden Sie unter

http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem.pdf

Wenn Sie Interesse an der alten Lehre der Drei Welten haben, so finden Sie auf meiner im Aufbau begriffenen Homepage weitere Hinweise: <http://dreiwelten.brunner-architekt.ch/>

Persönliches

Verschiedene Personen und Organisationen haben möglicherweise den Eindruck, dass ich ihnen mit meinen Ausführungen zu stark auf die Füsse trete. Deshalb überlegen sie sich vielleicht, gegen mich Klage zu erheben. Das kann ich nicht ausschliessen, kann aber damit gut leben. Doch ich möchte diesen Personen zu bedenken geben, dass allfällig «kränkende» Äusserungen nicht einfach so als persönliche Angriffe zu verstehen sind, sondern in Zusammenhang mit dem aufgedeckten politischen Volksbetrug stehen. Sollten diese Personen trotzdem eine Klage einreichen, so tun sie damit gleichzeitig kund, dass sie gegen die Wiedereinführung der Volksherrschaft sind. Damit würden sie sich selbst als Volksfeinde erweisen. Im Übrigen ist im Moment (vor den Wahlen) noch völlig offen, in welche Richtung das Pendel ausschlagen wird.

2 Die politischen Massnahmen

*«Noch sitzt ihr da oben, ihr feigen Gestalten,
vom Feinde bezahlt und dem Volke zum Spott.
Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten,
dann richtet das Volk und es gnade euch Gott.»*

Carl Theodor Körner (1791-1813), deutscher Dichter und Dramatiker

Um es vorweg zu nehmen: Ich suche kein Amt oder eine Machtstellung. Ich will nur diese Behördenkriminalität und den Staat im Staat zerschlagen haben. Wenn ich nachstehend einige Massnahmen beschreibe, so nur deshalb, weil die grosse Masse auch der Kandidaten keine Ahnung von den Zusammenhängen und Vernetzungen hat, sondern sich von Dritten steuern lässt. Letzteres muss dringend verhindert werden.

Ich bin mir bewusst, dass das Zeitfenster bis zur Wahl der Bundesparlamentarier vom 18. Oktober 2015 sehr eng ist, um darauf Einfluss zu nehmen. Doch das Thema ist zu wichtig, dass es beiseite geschoben werden kann. In vier Jahren ist das Zeitfenster geschlossen, weil dann die Veränderungen so weit fortgeschritten sein werden, dass es kein zurück aus der Sackgasse und der Katastrophe mehr geben wird. Ich übertreibe hier nicht, denn ich weiss, was im Grundsatz geplant ist.

Wenn wir die beschriebene Behördenkriminalität beenden wollen, dann ist es erforderlich, dass Sie sich ab sofort bis zu den Wahlen engagieren und Ihr persönliches Umfeld über die politische Tragweite ins Bild setzen. Sie müssen sich dabei bewusst sein, dass Sie bei diesem Vorhaben nicht nur sämtliche Parteien, Parlamente, Regierungen, Gerichte, Polizei, Staatsanwaltschaft und Nachrichtendienste, sondern mit Ausnahme einiger Subalternen auch die ganze Führung der Staatsverwaltung sowie der Hochschulen und Medien gegen sich haben werden.

Deshalb wird es nicht so einfach sein, die Herrschaft des Volkes über die Staatsverwaltung wiederzuerlangen. Wenn mit den kommenden Wahlen vom 18. Oktober 2015 die Zeichen so gesetzt würden, dass die Babylonier in der Minderheit wären und das Parlament bereit wäre, mit einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) die happigen Vorwürfe zu klären, so hätten wir bereits sehr viel gewonnen. Wenn die PUK nur halbwegs richtig durchgeführt würde, so käme sie nicht umhin, die aufgedeckten Veränderungen zu bestätigen. Wenn sie ihre Aufgabe erfüllte, dann würde sich das Beschriebene als die kleine Spitze eines grossen Eisbergs erweisen.

Wenn wir das erreicht haben, so haben wir immerhin den Durchbruch zur politischen Herrschaft errungen. Die Umsetzung und Sicherung der Herrschaft muss dann aber wie im «Nahkampf» errungen werden. Damit haben wir aber immer noch nicht die vollständige Herrschaft. Der noch fehlende Teil über die Herrschaft betrifft das Geld. Die Herrschaft über das Geld liegt in der Hand der privaten Nationalbank sowie in der Finanzmarktaufsicht (Finma), die beide babylonisch sind. Nur wenn wir auch die Herrschaft über das Geld erringen, werden wir unsere Selbständigkeit im Rahmen der angestrebten babylonischen Weltherrschaft behaupten können. Dieser Schritt muss so schnell wie möglich erfolgen, weil etwas Grosses beabsichtigt ist, das uns enteignen wird. Mit diesem Schritt werden wir die Möglichkeit haben, das Geld und die Wirtschaft zu reformieren. Die Folgen werden sein: weniger Druck zur Umsatzvermehrung, weniger Stress, weniger Umweltverschmutzung und damit mehr Natur.

Nachstehend konzentriere ich mich darauf, wie die politische Herrschaft erreicht werden kann, denn es lauern noch viele Gefahren. Es ist nicht Absicht, eine Organisation zu gründen, denn diese würde sofort von Babyloniern unterwandert. Gleichzeitig ist es aber wichtig, dass alle am gleichen Strick ziehen und wissen, was zu tun ist. Dann kann jeder selbst entscheiden und muss nicht Befehle abwarten. Das wird die Arbeit der Babylonier erschweren, zumal einzelne Babylonier von dem System mehr als genug haben.

Auswahl und Portierung der KandidatInnen

«Selbsterhaltung, Streben, Ehrgeiz, Stolz und Hunger, die Liebe zur Familie und Kindern, Patriotismus und Nachahmung, der Wunsch, ein Führer zu sein, die Liebe zum Spiel – diese und andere Antriebe sind die psychologischen Rohstoffe, die jeder führende Politiker in seinem Bestreben, die Öffentlichkeit für seine Ansichten zu gewinnen, in Betracht ziehen muss. Um ihre Selbstsicherheit aufrecht zu erhalten, müssen die meisten Leute sich sicher fühlen, dass es wahr ist, was immer sie über etwas glauben.»

Arnold J. Townbee (1889-1975), Professor an der London School of Economics, Direktor des Royal Institut of International Affairs

Hinsichtlich des Einflusses auf die eidgenössischen Parlamentswahlen vom 18. Oktober 2015 ist der Zeitpunkt des Erscheinens dieses Manifestes viel zu spät. Aber für die kommenden Kantonsrats- und Regierungsratswahlen kann und muss die Zeit genutzt werden, sich in den verschiedenen Parteien zu engagieren, um das Thema einzubringen, breit zu diskutieren sowie grossen Druck auf die babylonischen Parteileitungen auszuüben, damit sie zugunsten von Nicht-Babyloniern zurücktreten.

Als Parlamentarier brauchen wir keine Theoretiker und schon gar keine Rechtsprofessoren, sondern wir benötigen Leute mit natürlicher Intuition, die fähig sind, in schwierigen Lagen die Führung zu übernehmen. Sie müssen auch bereit sein, während der Amtsdauer alle anderen Tätigkeiten einzustellen und sich nur dieses Mandats anzunehmen. Das Zeitalter des Hobby- und Lobby-Politikers sollte in dieser schwierigen Phase vorbei sein. Aus dem Beschriebenen wäre für mich kein einziger bisheriger Kantons-, National- und Ständerat mehr wählbar.

Die Babylonier werden das Feld nicht kampflos räumen. Deshalb ist es wichtig, dass die Kandidaten im Vorfeld auf die Zugehörigkeit zu babylonischen Organisationen hin geprüft, unter Druck gesetzt und tüchtig gesiebt werden. Eine allfällige Zugehörigkeit werden sie nicht einfach so preis geben. Hier muss auch das meist unwissende Familienumfeld mit einbezogen werden, denn nur ein gewaltiger psychischer Druck von allen Seiten wird diese Leute in Bedrängnis und zum Rückzug bringen.

Wahlkampf

Die Wahlveranstaltungen sind eine geeignete Plattform, die aufgedeckte Behördenkriminalität zu thematisieren, um vor allem die bisherigen Kandidaten als Kantons-, Nationalrats- und Ständeräte in die Mangel und ins Verhör zu nehmen. Diese Leute werden sich gegenüber den Vorwürfen nicht verteidigen können, sondern nur Schutzbehauptungen stammeln. Damit kann ihre Selbstsicherheit zerstört werden. Sie sind psychisch so unter Druck zu setzen, bis sie erschöpft zusammenbrechen und aufgeben. Das Politiker-Bashing ohne Tötlichkeiten und ohne verletzende Äusserungen ist bei jeder Gelegenheit angesagt.

Die Kandidaten und deren Familienangehörigen müssen öffentlich und unter Androhung des Einzugs des gesamten Familienvermögens erklären, dass der Kandidat nicht den babylonischen Organisationen angehört. Wer das nicht veröffentlichen will, ist nicht wahlfähig.

Bisherige Politikerinnen und Politiker, die wiedergewählt werden möchten, sind grundsätzlich nicht zu wählen, weil sie die Bevölkerung nicht vertreten, sondern nur belogen haben. Erfahrungsgemäss werden diese Personen auf der Wahlliste zuerst aufgeführt oder mit «bisher» bezeichnet. Aber Kantonsräte, die in die Bundespolitik einsteigen möchten, sind genauso wenig wählbar.

Wahl und Auszählung

Aus der Vergangenheit ist bekannt, auch wenn es von Behördenseite bestritten wird, dass bei den Wahlen nicht nur im Ausland betrogen wird. Aus diesem Grund sollte wenn möglich nur der letzte Abstimmungstag benutzt und auf eine briefliche Abstimmung ganz verzichtet werden. Mit diesen Massnahmen wird das Missbrauchspotential vor dem Auszählen verringert. Dann besteht nur noch die Möglichkeit, die Auszählung zu manipulieren. Das kann aber durch eine transparente Organisation im Zählbüro und durch aufmerksame Zähler verhindert werden. Es muss auch alles unternommen werden, dass die Wahlzettel nach dem Zählen nicht sofort vernichtet, sondern bis nach dem voll-

ständigen Abschluss allfälliger Wahlbeschwerden aufbewahrt werden. Eine allfällig sofortige Vernichtung der Wahlzettel würde nur bestätigen, dass Wahlbetrug stattgefunden hat.

Aus den gleichen Gründen soll die elektronische Wahlmöglichkeit nicht genutzt werden, weil sie nicht sicher ist und die Resultate beliebig manipulierbar sind, solange wir einen Staat im Staate haben. Die Erfahrungen aus den USA sollten uns lehren.

Auf alle Fälle müssen die Wahlen zugleich als Plebiszit betrachtet werden, um a) die Babylonier in allen öffentlichen Ämtern zu verbieten, b) die Demokratie, d.h. die parlamentarische Kontrolle der ganzen Staatsverwaltung ohne Rücksicht auf das Amtsgeheimnis sowie die inhaltliche Kontrolle von Gerichtsurteilen wieder einzuführen, c) umgehend Parlamentarische Untersuchungskommissionen zur Klärung der Vorwürfe einzusetzen und d) die Übernahme von fremdem Recht aufzugeben.

Bei den Ständeratswahlen gilt mit Ausnahme der Kantone Neuenburg und Jura das Majorzverfahren. Die Kandidaten müssen das absolute Mehr erreichen, um die Wahlhürde zu nehmen. Danach entscheidet die Stimmenmehrheit für den Sitz. Die Zählart ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Im einen Kanton werden auch die Lehrzeilen auf den eingereichten Stimmzetteln für das absolute Mehr berücksichtigt, bei den andern nicht. Ich kann hier also keine generelle Lösung anbieten, um mit dem Abstimmungsverhalten einen zweiten Wahlgang zu provozieren und Babylonier auszumanövrieren.

Konstituierung und Arbeit des neuen Parlaments

Wenn das neu gewählte Parlament erstmals zusammentritt, müssen die neuen Mitglieder zuerst vereidigt werden. Da fängt das Problem bereits an, denn der Eid als auch das Gelübde verlangen, dass Verfassung und Gesetze zu erfüllen sind. Wird die vorgegebene Formel nicht bestätigt, «verzichtet» das neue Mitglied auf sein Amt. Wie wir aber gesehen haben, sind sowohl Verfassung als auch Gesetze babylonisch und gegen die Bevölkerung gerichtet. Also müssen die Nicht-Babylonier hier «lügen», damit sie die Möglichkeit erhalten, sich für die Bevölkerung einzusetzen anstatt für die Babylonier.

Als eine der ersten Arbeiten ist dafür zu sorgen, dass den hoffentlich letztmals noch wenigen gewählten Babylonier der Garaus gemacht wird. Das Parlament muss dazu ein Gesetz erlassen, das einstweilen die Mitgliedschaft in allen babylonischen Organisationen im Zusammenhang mit dem Parlamentsbetrieb verbietet. Alle Babylonier, die wider erwarten gewählt wurden oder im Dienstbetrieb stehen, haben sich zu deklarieren. Wird das unterlassen oder stellt sich nachträglich heraus, dass die Zugehörigkeit dieser Personen nicht wahrheitsgetreu deklariert wurde, müssen drakonische Strafen erfolgen. Gleichzeitig muss alles unternommen werden, damit diese im Verdacht stehenden Personen weder in keiner PUK mitarbeiten und noch auch nur Informationen daraus zu erhalten, solange diese nicht abgeschlossen sind.

In diesem Sinne muss nicht nur das Parlament sich selbst unterwerfen, sondern auch die Parlamentsdienste sowie der Bundesrat mit der gesamten Staatsverwaltung und der Gerichte. Das Parlament muss, wie es früher einmal war, wieder die oberste Instanz sein.

Damit das Parlament ungestört und unbeeinflusst arbeiten kann, sind alle babylonischen und anderen Lobbyisten aus dem Parlamentsgebäude zu werfen. Zutritt hat nur noch, wer einen konkreten Auftrag zu erledigen hat.

Solange das Parlament nicht weiss, was oben und unten sowie vorne und hinten ist, hat es keinen Zweck, die bestehende babylonische Traktandenliste zu übernehmen und diese «gehorsamst» abzunicken. Vielmehr muss sich das Parlament zuerst einen Überblick über die gesamte Situation verschaffen und seinen eigenen Standort ausmachen. Solange das nicht geschehen ist, würden alle Traktanden im Sinne der Babylonier entschieden werden, auch wenn das Parlament das nicht beabsichtigte.

Wenn das Parlament den eigenen Standort ausgelotet hat, werden die babylonischen Parteien ausgedient haben, weil es dann den Babylonier nicht mehr möglich sein wird, die parteipolitischen Differenzen zu schüren. Dann wird jeder selbständig denken und entscheiden können, und das Parlament muss nun dringend die weitere Vorgehensstrategie wählen. Die Folge wird sein, dass die Ge-

gesetzgebung nicht mehr im babylonischen Fahrwasser weitergehen wird, weshalb die bisherige Gesetzgebung komplett anzupassen ist. In diesem Sinne ist vor allem dem Bundesrat eine entsprechend unmissverständliche Botschaft zukommen zu lassen, dass er sein Vorgehen zur Übernahme weiterer ausländischer Rechte massiv zurückhalten muss.

Die PUK

Eines der zentralsten Themen in einer PUK ist die Feststellung, wer Babylonier ist und in welchen Organisationen sie sitzen. Solange diese Frage nicht geklärt ist, weiss ausser den Babyloniern niemand, wem man überhaupt vertrauen kann und wo die Grenzen zwischen Freund und Feind verlaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt muss jeder als Babylonier verdächtigt werden. Sodann ist die bald hundert jährige Forderung von Thomas Mann endlich zu erfüllen und die Frage zu klären, welche Rolle das internationale Illuminatentum, sprich Babyloniertum, in der Menschheitsgeschichte und bei den aufgedeckten Veränderungen gespielt hat. Zu diesem Zweck hat das Parlament diese Recherche selbst vorzunehmen. Diese Arbeit kann nicht an den babylonischen Nachrichtendienst delegiert werden. Das Parlament muss dazu nicht nur eigene Sicherheitsvorkehrungen treffen, sondern auch ein Gesetz erlassen, dass ihm alle babylonischen (Geheim-) Organisationen innert einer Frist sämtliche Namen und Adressen ihrer Mitglieder seit Bestehen ihrer Organisation auszuhändigen haben. Ebenfalls haben sie ihre Sub- und Parallelorganisationen mit den entsprechenden Mitgliedern bekannt zu machen. Weiter haben sich alle Schweizer und in der Schweiz niedergelassenen sowie arbeitenden Ausländer, die einer in- oder ausländischen Organisation angehören, direkt beim Parlament zu melden. Unterlassungen müssen ebenfalls mit drakonischen Strafen belegt werden.

Wie dem Amtsbericht des Bundesgerichtes zu entnehmen ist, wird sich das Bundesgericht sträuben, dem Parlament die inhaltliche Prüfung von Gerichtsurteilen zu erlauben. Ähnliches könnte dem Parlament auch anderswo widerfahren. Dann muss sich das Parlament durchsetzen, damit das organisierte Verbrechen aufgedeckt werden kann. Mittel und Wege gibt es durchaus. Vor allem darf man sich vom lügenden Bundesgericht nicht einschüchtern und von babylonischen Rechtsgutachten nicht beeindrucken lassen. In diesem Sinne sei auch vom Beizug von «Spezialisten» gewarnt.

Bevor nicht all die erhobenen Vorwürfe durch eine gründliche PUK untersucht worden sind, kann den gegenteiligen Beteuerungen seitens der Behörden, auch des Parlamentes, nicht geglaubt werden. Dem Ergebnis einer nichtbabylonischen PUK sehe ich gelassen entgegen.